

Hochschulkonferenz stimmt mit Vorbedingungen einer Medizin-Fakultät in Linz zu

# Visionen brauchen Ärzte

Von Heiner Boberski

■ Linzer Projekt wird mit Aufwertung des tertiären Bildungssektors junktimiert.

Wien. „Wer Visionen hat, braucht einen Arzt“, soll der frühere Bundeskanzler Franz Vranitzky gesagt haben. Nun dürften die oberösterreichischen Visionen zu vielen Ärzten, nämlich zur Schaffung einer Medizin-Fakultät an der Johannes-Kepler-Universität in Linz führen. Die neunköpfige Hochschulkonferenz gab dafür am Mittwochnachmittag grünes Licht – unter gewissen Bedingungen. Wissenschaftsminister Karl-

heinz Töchterle will auf sein Beratungsgremium hören. Sollte der Ministerrat dem Gesamtpaket, das die Errichtung der Fakultät mit einer Aufwertung des gesamten tertiären Bildungssektors junktimiert, zustimmen, steht das Projekt auf Schiene.

Dabei hatte noch vor der Sitzung Erhard Busek, Vorsitzender des Universitätsrats der Wiener Medizin-Uni, Bedenken angemeldet: „Wir bedauern nicht nur das

Fehlen jeglicher sachlicher Diskussion über einen künftigen Medizinischen Universitätsstandort Linz, wir sind darüber vielmehr in höchstem Maße entrüstet.“

Nicht weißer Rauch, sondern der vorzeitig die dreieinhalbstündige Sitzung verlassende Vertreter des Wissenschaftsrates, Reto Weiler, kündigte deren Ende und Ausgang an. Für die Zustimmung zur neuen Fakultät werde es eine Reihe von Bedingungen geben. Eine davon werde sein, dass eine national und international besetzte Gründungskommission eingesetzt wird und der österreichische Wissenschaftsrat den Planungsprozess begleitet.

Minister Töchterle gab dann „mit Freude“ das Ja der Hochschulkonferenz bekannt, aber auch, dass diese die Linzer Medizin-Fakultät nur dann befürworte, „wenn von der Bundesregierung gleichzeitig mit einer allfälligen Artikel-15a-Vereinbarung beschlossen wird, dass sie Teil einer Gesamtstrategie zu einer umfassenden dynamischen Entwicklung und Stärkung des tertiären Sektors und der Forschung in Österreich ist“. Daran geknüpft sind unter anderem zusätzliche Mittel für Universitäten ab 2016 sowie ein neuer Fachhochschulentwicklungs- und -finanzierungsplan. Zu den weiteren geforderten Maßnahmen gehört eine Untersuchung der möglichen Auswirkungen auf die Quotenregelung bei den Medizinanfängerplätzen.

## Schmidinger beeindruckt

Heinrich Schmidinger, der gegenüber dem Projekt bisher sehr skeptisch eingestellte Präsident der **Universitätenkonferenz**, zeigte sich im Gespräch mit der „Wiener Zeitung“ von der Präsentation des Projekts beeindruckt: „Man muss das enorme Engagement des Landes Oberösterreich und die großen Anstrengungen der Uni Linz, die von sehr hohem Qualitätsbewusstsein getragen sind, wirklich anerkennen.“ Unter den genannten Prämissen habe er daher zustimmen können.

Die Größenordnung der zusätzlichen Gelder, von denen seine Zustimmung im Ministerrat abhängt, konnte Töchterle noch nicht nennen. Bis zum Beschluss im Ministerrat (nächste Termine: 22. Juli oder 13. August) will er die Zahlen konkretisieren. ■

## Rechnungshof will Lehrer länger in der Klasse sehen

Wien. Unterstützung im Ringen um eine höhere Unterrichtsverpflichtung für Lehrer hat die Regierung am Mittwoch vom Rechnungshof (RH) bekommen: Da Personalmangel bei den Bundeslehrern derzeit im großen Stil durch Dauermehrdienstleistungen gedeckt wird, spricht sich der RH dafür aus, dass diese Gruppe länger in der Klasse stehen soll.

Durch eine Anhebung von derzeit 20 auf 22 Wochenstunden würde zwei Drittel der Kosten für Überstunden wegfallen, argumentieren die Prüfer. Die aktuelle Praxis deute zudem darauf hin, „dass die Bundeslehrer über die Lehrverpflichtung hinausgehend zu weiteren Unterrichtstätigkeiten bereit waren“.

## Überstunden im Ausmaß vom 5200 Vollzeitstellen

Die Personalsituation bei den Bundeslehrern (AHS, BMHS) ist angespannt, wie der Bericht zeigt: Allein zwischen 2008 und 2012 haben die Dauermehrdienstleistungen um zwölf Prozent zugenommen, auch die Überstunden pro Lehrer sind mehr geworden, wobei der AHS-Bereich traditionell weniger betroffen ist als die BMHS. Im Schuljahr 2011/2012 entsprachen fix eingeplante Überstunden der Arbeit von 5200 vollbeschäftigten Lehrern. In Wien, das neben Oberösterreich in dem Bericht gesondert untersucht wurde, wurden zudem 395 Personen eingesetzt, die noch nicht ihr Unterrichtspraktikum absolviert oder nur ein fachverwandtes Diplomstudium absolviert haben.

Bis 2025 müssen rund 55 Prozent der Lehrer (19.677 Stellen) nachbesetzt werden. Alleine im kommenden Schuljahr werden 3088 neue Lehrer benötigt. ■



Am Anfang skeptisch, später beeindruckt: **Rektorenchef** Heinrich Schmidinger. Foto: apa/Hochmuth

Gastkommentar von Franz Nauschnigg

## Konjunkturpaket in Österreich

Die Geldpolitik des Eurosystems und die österreichische Fiskalpolitik sind beide expansiv, wirken antizyklisch und unterstützen sich gegenseitig.

Die österreichische Wirtschaft konnte sich der Rezession im Euroraum nicht entziehen und stagniert seit Mitte 2012, weil die schwachen Exporte nicht durch eine starke Inlandsnachfrage kompensiert werden konnten. Die Bundesregierung hat jetzt ein Konjunkturpaket, mit dem Schwerpunkt im Bausektor beschlossen, um die Inlandsnachfrage zu steigern und einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit zu vermeiden.

Der gegenwärtige Konjunkturreinbruch im Euroraum wird bisher vor allem durch eine expansive Geldpolitik des Eurosystems mit niedrigen Zinsen bekämpft, während die Fiskalpolitik in den meisten Ländern restriktiv wirkt. Wie negativ eine prozyklische Fiskalpolitik im Wirtschaftsabschwung wirkt, zeigte sich 2001 auch in Österreich, als die Sparpolitik der damaligen ÖVP/FPÖ-Regierung („Grassers Nulldefizit“) dazu führte, dass das Wachstum in Österreich um 1,5 Prozentpunkte schwächer war als im Durchschnitt der damaligen EU Länder. Dies ließ damals die Arbeitslosigkeit und in den Folgejahren auch das Defizit

dramatisch ansteigen.

Die durch die Finanzkrise ausgelöste schwere Rezession 2008/2009 wurde durch eine expansive Fiskal- und Geldpolitik erfolgreich bekämpft. Die Weltwirtschaft und der Euroraum kehrten rasch wieder auf einen Wachstumspfad zurück. Ab 2010 wurde im Euroraum aber wieder eine restriktive Fiskalpolitik mit Sparprogrammen umgesetzt. Ich warnte schon damals, dass die Geschichte zeigt, dass wenn nach schweren Finanzkrisen der fiskalische Stimulus zu früh weggenommen wird, die Volkswirtschaften wieder in die Rezession zurückfallen, wie es den USA 1937 und Japan 1997 passierte. Auch der Euroraum ist jetzt wieder in eine Rezession zurückgefallen und es bedarf Maßnahmen, um das Wachstum anzukurbeln.

Durch die insgesamt erfolgreiche Wirtschaftspolitik der SPÖ/ÖVP-Koalition seit 2007 hat Österreich die Krise gut bewältigt, sich durch Budgetkonsolidierung wieder fiskalischen Spielraum erarbeitet und kann sich jetzt auf den Finanzmärkten sehr günstig finanzieren.



Franz Nauschnigg war in den 1980er Jahren Mitarbeiter in Kabinetten im Wirtschafts- und Landwirtschaftsministerium. In den 1990er Jahren war er wirtschaftspolitischer Berater der Finanzminister Staribacher, Klima, Edlinger. Derzeit ist er Leiter der Abteilung für Europäische Integration und Internationale Finanzorganisationen in der Oesterreichischen Nationalbank. Der Artikel stellt seine persönliche Meinung dar und nicht jene der Oesterreichischen Nationalbank.

Alle Beiträge dieser Rubrik unter: [www.wienerzeitung.at/gastkommentare](http://www.wienerzeitung.at/gastkommentare)

Ein gutes Konjunkturpaket sollte zeitlich begrenzt, zielgerichtet und zeitgerecht eingesetzt werden und keine Dauerbelastung für das Budget darstellen. Diese Bedingungen werden im Wesentlichen erfüllt. Bis 2014 sollen insgesamt etwa 1,5 Milliarden Euro für Konjunkturmaßnahmen ausgegeben werden. Zielgerichtet mit dem Schwerpunkt im Bausektor für Investitionen. Dadurch kann das Wachstum angekurbelt werden, da gerade in der jetzigen Lage, mit bereits sehr niedrigen Zinsen, die Geldpolitik an Wirksamkeit verliert und die Fiskalmultiplikatoren, wie der Internationale Währungsfonds (IWF) in verschiedenen Studien zeigte, besonders groß sind. Wie der IWF in seiner Österreich Prüfung Anfang Juli feststellte, sind die im Budget 2013 durch das Konjunkturpaket vorgesehenen expansiven Maßnahmen angesichts des niedrigen Wachstums angemessen.

Zusätzlich bekommen durch die Wohnbaumittel die Bundesländer einen Anreiz, die Wohnbauförderung wieder zweckgebunden einzusetzen. Dadurch können die Einbrüche im

geförderten Wohnungsbau kompensiert und zusätzlich 11.000 Wohnungen gebaut werden.

Die steigenden Immobilienpreise können damit bekämpft und die steigende Nachfrage befriedigt werden, da ein steigendes Angebot an geförderten Wohnungen und Häusern dämpfend auf die Immobilienpreise wirkt. Österreich, das einen Leistungsbilanzüberschuss hat, würde damit auch stärker zum Wachstum im Euroraum beitragen. Die Geldpolitik des Eurosystems und die österreichische Fiskalpolitik sind damit beide expansiv, wirken antizyklisch und unterstützen sich gegenseitig.

Vielleicht gelingt es durch das österreichische Beispiel auch andere Euroraum-Länder, die fiskalischen Spielraum besitzen, zu einer expansiven Fiskalpolitik zu bewegen. Damit könnte es dann (wie schon 2008/2009) gelingen, die Rezession im Euroraum zu überwinden und auf einen soliden Wachstumspfad zurückzukehren. In der Wachstumsphase sollte dann antizyklisch wieder das Budget konsolidiert werden.